

Der Fachausschuss AHS Voralberg nimmt in offener Frist zum Begutachtungsentwurf wie folgt Stellung:

Der am 13.08.2013 vorgelegte Begutachtungsentwurf entspricht in keiner Weise den Erwartungen, die in ein attraktives, modernes und ausgewogenes Dienstrech gesetzt werden und wird von uns abgelehnt.

Der Fachausschuss AHS Vorarlberg lehnt den Entwurf „Dienstrechtsnovelle 2013 - Pädagogischer Dienst“ ab und

fordert die Nationalratsabgeordneten und die Mitglieder der neuen Bundesregierung auf, ein neues, zukunftsorientiertes LehrerInnendienstrech zu erarbeiten, das

- den Anforderungen an Schule und Unterricht gerecht wird
- die ArbeitnehmerInnen-Interessen der LehrerInnen anerkennt,
- bestehende Arbeitsplätze sichert und zusätzliche qualifizierte Arbeitsplätze schafft.

Wir meinen:

- **Ein neues Dienstrech für alle LehrerInnen ist notwendig, ein einheitliches BundeslehrerInnen-Dienstrech für alle LehrerInnen höchst an der Zeit.**
- **Die Individualisierung von Lernprozessen und die soziale Integration aller Kinder und Jugendlichen müssen im neuen Dienstrech berücksichtigt werden.**
- LehrerInnen brauchen **ausreichend Zeit für jede Schülerin und jeden Schüler.**
- **Finanzmittel:** Sozial-integrativ wirkende Schulen, die den gesellschaftlichen Auftrag, alle SchülerInnen ihren Fähigkeiten entsprechend optimal auszubilden, erfüllen sollen, benötigen **ausreichend Finanzmittel.**
- Wir fordern die **Aufhebung des Aufnahmestopps** im öffentlichen Dienst.
- Die Einstellung von SozialpädagogInnen, PsychologInnen, Verwaltungskräften, Berufs- und LaufbahnberaterInnen u.a. ist **dringend** erforderlich.

Wir lehnen diesen Entwurf inst gesamt ab, da er den schulischen Erfordernissen nicht entspricht und die Umsetzung dieses Entwurfes massive Verschlechterungen mit sich bringen würde:

- **Arbeitszeiterhöhung:** Die Arbeitszeiterhöhungen betreffen insbesondere die FachlehrerInnen der Sekundarstufe (22 Unterrichtsstunden statt dzt. 17-18 bedeutet +28% für Korrekturfächer), im Endausbau Personaleinsparungen von wenigstens 12.000 Dienstposten (10% der dzt. 120.000 LehrerInnen). Statt der notwendigen Individualisierung sollen LehrerInnen zusätzliche Klassen und SchülerInnen unterrichten, individuell fördern und fordern. **Das mindert die Schul- und Unterrichtsqualität.**

- Ein berufsbegleitendes Masterstudium (60 - 90 ECTS bzw. 1-1 ½ Jahre) braucht eine Verminderung der Unterrichtstätigkeit für diese Zeit. Dies ist jedoch nicht vorgesehen. Ein Scheitern, ein Nichtabschließen des Studiums wird geradezu provoziert und in der Folge zu einem **latenten Kündigungsgrund**.
- Statt den mit der PädagogInnenbildung NEU eingeleiteten Prozess der besseren Qualifizierung aller LehrerInnen zu unterstützen, wird der **Master für alle** mit einer Umgehungsmöglichkeit unterlaufen, die ein Weiterführen der aktuellen, ungleichwertigen Ausbildung zur Folge hat und darüber hinaus ein Downgrading im Bereich der AHS-Sekundarstufe I (dzt. Uni-Diplom/Magister-Studienabschluss) zur Folge hat. **Auch diese Einsparung geht auf Kosten der Unterrichtsqualität.**
- Die Vorstellungen des Entwurfs zur Induktion und zu den MentorInnen bedeuten **Einsparungen** und qualitative **Verschlechterungen gegenüber den bisherigen Modalitäten beim Unterrichtspraktikum für AHS- und BMHS-LehrerInnen**. Die NeulehrerInnen sollen in der Induktionsphase voll unterrichten, das kommt einer **de facto Abschaffung** des Unterrichtspraktikums gleich. Das **lehnen wir ab**.
- Das vorgesehene **Zulagensystem** widerspricht dem Grundsatz **"Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit"**. Der Regierungsplan sieht folgende Ungleichheiten vor:
 - keine Zulage für die **Primarstufe**,
 - Zulagen für Korrekturfächer der **Sekundarstufe I**
 - höhere Korrekturfächerzulagen und allgemeine Fachunterrichtszulagen für die **Sekundarstufe II**
- **Zulagen verschleiern unzumutbare Arbeitszeiterhöhungen**
Das Zulagensystem soll außerdem die bisherige Einrechnung der zeitaufwändigen unterrichtsbezogenen Vor-/Nachbereitung/Korrektur in die Wochen- bzw. Jahresarbeitszeit ersetzen. **Auf der Sekundarstufe wird die Unterrichtsverpflichtung und damit die Arbeitszeit um bis zu 28% erhöht.**

Gleichwertige Ausbildung - gleiche Bezahlung - gleiche Arbeitszeit

Es braucht eine dienstrechtliche Gleichstellung durch ein gemeinsames Dienstrecht und die Beschreibung und Bezahlung aller wesentlichen LehrerInnentätigkeiten.

Gleiche L1-wertige Bezahlung auf allen Schulstufen und höhere Anfangsbezüge bei gleicher Lebensverdienstsumme entsprechen der Master-Qualifikation, der gleichen Wertigkeit und Verantwortung der Arbeit auf allen Schulstufen. Daher ist u.A. nach die Entlohnung nach **L1 für alle LehrerInnen umzusetzen**.

Dies wird den zukünftigen LehrerInnen mit diesem Entwurf vorenthalten.

Wir fordern das **Recht** auf ein/en Unterrichtspraktikum/Abschluss der Ausbildung **für alle Absolventinnen von Lehramtsstudien**.

Die **Kompetenzen** der einzelnen Schulen sollen **ausgeweitet werden, demokratisch gewählte Schulleitungen (Schulleitungsteams) ermöglicht** und die **Mitwirkungsrechte** der LehrerInnen und die Mitbestimmungsmöglichkeiten der **Personalvertretungen** gestärkt werden, die daraus resultierenden **Rechte** (Anstellung, Vertragsänderungen, Sabbatical, Fortbildung/Zusatzqualifikationen, Bestellung des Leitungsteams) sind im **Personalvertretungsgesetz** zu verankern.

In Hinkunft sind an **jeder Schule** (bei Kleinschulen sollen Schulverbünde gebildet werden) Dienststellenausschüsse einzurichten.

Verpflichtung des Dienstgebers zur Finanzierung des LehrerInnendienstrechtes:

- die Aufwertung des öffentlichen Dienstes,
- die Attraktivierung des Lehrberufes,
- laufende Verbesserungen von Schule, Schulorganisation und Unterricht
- ebenso der notwendige und pädagogisch sinnvolle Ausbau ganztägiger Schulformen

verursachen Mehrkosten, die vom Bund budgetiert und getragen werden müssen.

Wir sprechen uns vehement **gegen die ausgabenseitigen Maßnahmen** zur Budgetkonsolidierung aus und fordern das Finanzministerium und die zukünftige Bundesregierung auf, mehr Mittel für Bildung bereit zu stellen.

Pädagogische Arbeit auf Augenhöhe mit SchülerInnen und Eltern braucht ausreichend Zeit und gegenseitige Wertschätzung, aber

keinen „Professoren“-Titel!

Unser Vorschlag: Dieser Titel ist deshalb für **alle** LehrerInnen zu **streichen!**

Bregenz, 23.09.2013

Dr. Gerhard Pušnik
Vorsitzender

Mag. Birgit Sprenger

Mag. Gerald Fenkart
Stv.-Vorsitzender

Mag. Gerhard Rüdisser

Mag. Sabine Mathis
Schriftführerin